

Ärzten und anderen medizinischen Personals hinwirken. Zu prüfen wäre die Bereitstellung kostengünstiger Praxisräume. Hier bietet sich ein Ärztezentrum an.

Wirtschaft und Verkehr:

- Rekommunalisierung von Leistungen, wie Straßenreinigung, Winterdienst und Laubentsorgung
- Die Kommunalen Entwicklungsgesellschaft Neuenhagen (KENeu) soll wieder eine zentrale Rolle bei der langfristigen Planung und finanziellen Sicherstellung der Entwicklung Neuenhagens einnehmen
- Wir fordern die Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors für gesellschaftlich relevante wie z. B. für soziale, kulturelle und umweltsichernde Tätigkeiten
- Für DIE LINKE kommen lediglich regenerative Energieträger in Frage um eine mögliche Beheizung des Freibades zu verwirklichen, wenn dieses winterfest überdacht wird.

Kultur:

- Fortführung der bewährten Konzertreihen und Schaffung eines niveaureichen Konzertsaals, auch für die Bereiche des Film- und Ausstellungswesens und der literarischen Veranstaltungstätigkeit sind geeignete Räumlichkeiten und technische Voraussetzungen zu schaffen

Klaus Biedka

klaus.biedka@web.de

Was ist ein „Bürgerhaushalt“?



Durch die Gemeindevertretung wurde im Juni 2008 das Leitbild für Neuenhagen für einen Zeitraum bis 2030 als Handlungsrahmen für kommunalpolitische Entscheidungen beschlossen. Darin ist vorgesehen, dass für

die Realisierung von Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der Gemeinde eine breite Bürgerbeteiligung angestrebt wird. Hier fällt der Begriff „Bürgerhaushalt“. Dahinter verbirgt sich das Ziel, bei der Lösung der Probleme der Gemeinde und der Verwendung der dafür notwendigen finanziellen Mittel die Einwohner stärker einzubeziehen und mitentscheiden zu lassen. Solche Bürgerhaushalte gibt es bereits. Für uns als Partei DIE LINKE ist es ein Weg, die Gesellschaft weiter zu demokratisieren.

Im Wesentlichen geht es darum, im Vorfeld der jährlichen Haushaltsplanung der Gemeinde eine Beratung mit den Einwohnern darüber zu führen, wie die in den Leitlinien festgelegten Entwicklungsschwerpunkte schrittweise in die Haushaltspolitik überführt und welche Prioritäten dabei gesetzt werden sollen und welche weiteren

Vorschläge u. a. auch zu möglichen Einsparungen es gibt. Hierbei geht es noch nicht um konkrete Haushaltszahlen, sondern um die Richtung und um Projekte, die dann im Ergebnis des Mehrheitswillens in die konkrete Planung einfließen. Die Beschlussfassung zum jährlichen Haushalt bleibt, wie in der Kommunal-Verfassung festgelegt, in der Verantwortung der gewählten Gemeindevertreter.

Welche Voraussetzungen sind dazu erforderlich?

- Voraussetzung für die Einleitung des Prozesses für den Bürgerhaushalt ist ein Beschluss der Gemeindevertreter.
- Der Bürgermeister und die Verwaltung müssen sich an die Spitze stellen und zusammen mit den anderen gesellschaftlichen Kräften der Gemeinde die Bürgerbeteiligung bei der Verwendung der Haushaltsmittel initiieren.
- Es muss ein Verfahren konkret für Neuenhagen festgelegt werden, wie die Einwohner in die Diskussion einbezogen werden sollen – über Vereine, Einwohnerversammlungen, Fragebögen, Internet, Presse usw.
- Eine wichtige Voraussetzung für die Beteiligung am Haushaltsprozess ist, dass die Bürger die Grundzüge der Haushaltsführung verstehen. Dazu soll ein „lesbarer Haushalt“ beitragen, ohne dass aus allen Neuenhagern Haushaltsexperten werden sollen. Aber wissen sollen sie schon, welche finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, wie viel langfristig gebunden sind und worüber entschieden werden kann.
- Für die Leitung des Prozesses ist eine Projektgruppe zu bilden, in der Vertreter der Verwaltung, Gemeindevertreter und weitere interessierte Einwohner mitarbeiten. Sie soll die Bürgerbeteiligung vorbereiten, begleiten, die Vorschläge und Meinungen auswerten und der Verwaltung und der Gemeindevertretung übergeben.

Eine solch umfassende Aufgabe zur Entwicklung einer neuen Qualität der kommunalen Haushaltspolitik verlangt eine gründliche Vorbereitung und Diskussion mit allen Beteiligten in der Gemeinde. Ich schätze ein, dass bei einer möglichen Beschlussfassung zur Einführung des Bürgerhaushaltes in Neuenhagen eine erste Bürgerbeteiligung zu den Maßnahmen des Planes für das Jahr 2011 oder 2012 erfolgen kann. Vielleicht kann man ja erst einmal mit einem Teil der möglichen Haushaltsmittel beginnen.

Die Erfahrungen aus anderen Kommunen haben gezeigt, dass sich ein optimales Verfahren erst nach mehreren Jahren einstellt. Aber beginnen sollten wir bald.

Helga Pietschmann

helga.pietschmann@freenet.de

Herausgeber **ANSICHTEN – AUSSICHTEN** : DIE LINKE. Fraktion Neuenhagen
c/o Gerd Schlutow, Westring 19, 15366 Neuenhagen bei Berlin

ANSICHTEN – AUSSICHTEN

POSITIONEN DER FRAKTION

ZUR NEUENHAGENER KOMMUNALPOLITIK

DIE LINKE.

Ausgabe

September 2008

Was haben die LINKEN in der vergangenen Wahlperiode für Neuenhagen gebracht?



Ich war zwar in der fast vergangenen Wahlperiode erst neu dabei, so dass ich keinen Vergleich zu den vorangegangenen Perioden ziehen kann. Aber einen Vergleich kann ich wohl treffen: wir LINKEN haben in den ver-

gangenen 5 Jahren mehr geleistet als irgend eine der anderen Fraktionen. Von den 7 Vorlagen, die von uns erarbeitet und eingebracht wurden, ist nicht eine von der Gemeindevertretung (GVT) abgelehnt worden.

Die Vorlagen zur Lokalen Agenda 21, zur Baumschutzsatzung und zum Einsatz erneuerbarer Energien in kommunalen Gebäuden sind fast einstimmig (mit einzelnen Gegenstimmen oder Enthaltungen meist aus der CDU-Fraktion) gefasst worden. Aber auch für die Winternutzung des Freibades mit erneuerbarer Energie und Errichtung eines Solarkraftwerkes, die Renaturierung der Zoche und den Schutz von Baumbeständen in der Hauptstraße konnten wir eine Mehrheit in der GVT überzeugen.

Bewährt hat sich dabei die themenbezogene Zusammenarbeit bei einigen Vorlagen mit der GIP- und der SPD-Fraktion. Wir sind uns aber auch bewusst, dass viele dieser von uns angestoßenen Initiativen einen langen Atem bis zur Umsetzung brauchen, d. h. ein ständiges Nachhaken und Weiterschieben. So ist der Solarpark noch nicht auf dem richtigen Weg, für die Zocherenaturierung warten wir immer noch auf die zugesagten Genehmigungen vom Land, für das Freibad ist die Bedarfsanalyse noch nicht abgeschlossen. Die Wirksamkeit der gemeindeeigenen kommunalen Entwicklungsgesellschaft (KENeu) ist derzeit noch weit weg von der ursprünglichen Konzeption und auf eine reine Verwaltungseinrichtung reduziert. Unsere Vorstellungen, die KENeu zu einem qualifizierten Projektträger für kommunale Vorhaben auszurichten, bei dem auch das Standortmarketing angesiedelt ist, scheitern bislang an dem Unwillen der Verwaltung und dem Nichtinteresse der anderen Parteien.

Andererseits sind in der vergangenen Wahlperiode aber nun endlich Fortschritte zu sehen, die in der vorletzten Wahlperiode von den „alten Hasen“ unserer Fraktion

angestoßen worden waren: der Neubau des Feuerwehrgerätehauses, das nunmehr einhellig beschlossene Konzept zum B-Plan Bollensdorf, die Erweiterung des Umweltausschusses um den Aufgabenbereich Ortsentwicklung.

Wir haben uns aber auch mit wesentlichen Änderungsanträgen in der GVT durchsetzen können: Aufgrund unseres Änderungsvorschlages konnten wir eine erhebliche Erhöhung des Essengeldes für Kita-Kinder und Schüler, wie dies von der Verwaltung vorgeschlagen worden war, abwenden und damit den ersten Schritt in Richtung kostenloses Essen gehen. Der B-Plan für die Bebauung am Friesenweg wurde auf der Basis unserer Vorgaben erarbeitet, so dass der gesunde Baumbestand weitestgehend erhalten bleibt, große Grundstücke mit maximal 20% bebaubarer Fläche entstehen und die vorhandenen Altlasten entsorgt werden. Die Goetheschule bekommt aufgrund unserer Initiative gerade eine neue Turnhalle.

Nun hat sich die Aktivität der Fraktion unter Einbeziehung der (sehr aktiven) sachkundigen Einwohner keinesfalls auf die Arbeit in der GVT oder den Ausschüssen beschränkt. Ganz wesentliche Beiträge zur Kommunalpolitik wurden z.B. als Vorsitzender des Bürgervereins Mitte, als Mitglieder und Sprecher/innen der Lokalen Agenda 21, als Mitglied im Kulturverein Vor-Ort und im Kommunalpolitischen Forum, im Verwaltungsrat der KENeu und der Sparkasse MOL sowie als Gründer der Linken Jugend "solid" geleistet. In zeitweiligen parteiübergreifenden Arbeitsgruppen haben unsere Fraktionisten Beschlüsse vorbereitet, so z. B. für den Neubau von Bibliothek und Bürgerhaus, zur Wiederaufnahme des Schulbetriebes am Schäferplatz durch den Internationalen Bund, zur Baumschutzsatzung, zur Grüngestaltungskonzeption, zur Verkehrskonzeption. Dabei ist diese Aufzählung keinesfalls vollständig.

Die Fraktion der LINKEN konnte sich ständig auf die von uns nominierten sachkundigen Einwohner mit ihrem Fachwissen stützen. So war z. B. das umfangreiche Zahlenwerk des Gemeindehaushalts nur mit fachkundiger Hilfe zu durchschauen, weshalb unsere Fraktion wohl auch in den jährlichen Haushaltsplan-Beratungen die meisten Änderungswünsche entsprechend unseren politischen Vorstellungen erfolgreich einbringen konnte. Aber auch zu anderen Fragen, zum Beispiel zur Energiepolitik, zur Wirtschaftsentwicklung und Familienpolitik konnte so das Wissen und Engagement unserer sachkundigen Einwohner für die Fraktionsarbeit erfolgreich genutzt werden.

Es bleibt viel zu tun, wir haben aber auch schon wieder neue Initiativen angeschoben, die gleich zu Beginn der nächsten Wahlperiode Thema in der Gemeinde-

vertretung sein werden. Das Wahlprogramm der LINKEN unter www.DIELINKE-Neuenhagen.de gibt dazu Auskunft.

Angela Schlutow
aschlutow@aol.com

■ Neuenhagener Wahlprogramme im Vergleich

Parteien und Wählervereinigungen, die sich zur Wahl stellen, veröffentlichen in der Regel ihr Wahlprogramm. Damit kann sich der Bürger, wenn er denn will, vorher ein Bild machen, was nach der Wahl von wem zu erwarten ist. Ich habe im Internet nach den Wahlprogrammen der Parteien gesucht, die in der jetzigen Gemeindevertretung Sitz und Stimme haben - so kann man die Wahlaussagen in Ruhe vergleichen. Dabei ist Folgendes herausgekommen (Stand 9.8.2008):

Die SPD, die Grünen und die LINKEN haben ein von den jeweiligen Gremien beschlossenes Wahlprogramm, die CDU stellt einen Diskussionsentwurf vor, die FDP hat ein Positionspapier für den Landkreis MOL Ungeachtet der daraus resultierenden unterschiedlichen Aussagekraft ist ein Vergleich der Programme doch interessant.

So finden sich bei den LINKEN 52 Wahlaussagen, bei der SPD sind es 40, die CDU macht 32 Kernaussagen. Die Grünen haben 32 Wahlvorhaben formuliert, die Bürgergemeinschaft Neuenhagen (BGN) hat 15 und die FDP gibt zu 12 Themen ihre Vorstellungen. Nun sagt die Menge allein ja noch nicht viel. Trotzdem ist schon bemerkenswert, für welche Bereiche die Aussagen stehen:

Bereich	DIE LINKE	SPD	CDU	Grüne	BGN	FDP
Ortsentwicklung	16/5	13(9)	8(6)	9(5)	4(2)	4(3)
Familie, Bildung, Soziales	17/11	11(5)	11(5)	6(4)	5(1)	1
Wirtschaft, Verkehr	11/7	14(5)	6(2)	11(9)	4(2)	3(1)
Kultur	5/3	-	4(3)	2(1)	1(1)	2
Bürgerbeteiligung	3	2(1)	3	4(1)	1(1)	2

(die Zahl nach dem / in der Spalte DIE LINKE gibt die Anzahl von Wahlaussagen an, die nur von den LINKEN gemacht werden, die in Klammern () stehende Zahl bei den anderen Parteien steht für die Anzahl übereinstimmender Aussagen mit denen der LINKEN)

Die Tabelle zeigt ein hohes Maß an Übereinstimmung mit Zielen der LINKEN: bei der Ortsentwicklung quer durch die Parteien, bei Wirtschaft und Soziales mit den Grünen, bei Kultur mit der CDU.

Natürlich kann eine solche Zusammenstellung das Lesen

der einzelnen Programme nicht ersetzen. Sie kann aber verdeutlichen, wo die Gemeinsamkeiten und wo die Unterschiede in den Wahlprogrammen zu finden sind. Es lohnt sich deshalb, diese genauer anzusehen.

Dabei zeigt es sich, dass die LINKEN im Bereich Familie, Bildung und Soziales die konkretesten Ziele haben. Im Bereich Ortsentwicklung gibt es große Übereinstimmungen zwischen LINKEN, SPD und Grünen. Im Bereich Wirtschaft und Verkehr haben die LINKEN die am weitest gehenden Vorstellungen, während die SPD eine Vielzahl von Einzelzielen, vor allem im Verkehrsbereich, ausweist. Wie gesagt, bei CDU und FDP liegen nur Entwürfe, bzw. ein Programm für ganz MOL vor. Daher ist die Vergleichbarkeit mit diesen Programmen eingeschränkt.

Bei ihren Wahlaussagen haben die LINKEN mit Ausnahme des Bereiches Ortsentwicklung zu über die Hälfte eigenständige und konkrete Ziele benannt. Dadurch zeigt DIE LINKE in Neuenhagen ein unverwechselbares Profil. Damit beweist sie auch ihre hohe kommunalpolitische Kompetenz.

Beispielhaft seien hier dazu einige Eckpunkte aus ihrem Wahlprogramm aufgeführt:

Ortsentwicklung:

- Schaffung einer attraktiven und Identität stiftenden Ortsmittelachse (Rathaus, Ernst-Thälmann-Straße, Bahnhof und Schäferplatz als Flanier-, Einkaufs- und Kulturmeile)
- Um den Schäferplatz soll das Ortszentrum für Bollensdorf mit öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Kitas, Arztpraxen, weiteren Ladenlokalen und Wohnanlagen für alle interessierten Bevölkerungsgruppen weiterentwickelt werden

Familie, Bildung und Soziales:

- Leistungsfähiges, modernes, aufeinander abgestimmtes und miteinander verbundenes kommunales (und regionales) System der Bildung und Erziehung von hohem Niveau
- Vielseitige, bedürfnisorientierte Erwachsenenqualifizierung und Weiterbildung in Vereinen und Verbänden sowie in kommunalen Bildungseinrichtungen
- Fonds für Härtefälle, um sozial schwächere Familien bei der Anschaffung von Lernmitteln, notwendigen Schulmaterialien bzw. Finanzierung anderer schulischer Ausgaben zu unterstützen
- Kommunales Programm für eine längerfristige Jugendpolitik
- Wir befürworten den Einsatz eines Sozialpädagogen als Streetworker an den Brennpunkten, insbesondere am Bahnhofsumfeld. Wir sind dafür, aktiv mit Problemgruppen von Jugendlichen zu arbeiten
- DIE LINKE wird aktiv auf die Zuwanderung von